



■ 10 Euro
Mindest-
lohn - für
alle - ohne
Ausnahme!

■ Befristung, Leiharbeit
und unfreiwillige Teil-
zeit stoppen! ■ Mindest-
sicherung ohne Sankti-
onen statt Hartz IV!

■ Arbeit umverteilen
statt Dauerstress und
Existenzangst!

DIE LINKE.



■ 10 Euro
Mindest-
lohn - für
alle - ohne
Ausnahme!

■ Befristung, Leiharbeit
und unfreiwillige Teil-
zeit stoppen! ■ Mindest-
sicherung ohne Sankti-
onen statt Hartz IV!

■ Arbeit umverteilen
statt Dauerstress und
Existenzangst!

DIE LINKE.

Mecklenburg-Vorpommern – Land der Pendler – Wie lange noch?

Auch im Jahr 25 nach der Wiedervereinigung pendeln zwölf Prozent der Beschäftigten aus Mecklenburg-Vorpommern zur Arbeit über die Landesgrenze hinweg – vor allem in Richtung Westen. 72.500 Pendler sind es aktuell, von denen knapp 24.000 regelmäßig nach Schleswig-Holstein und knapp 13.000 nach Hamburg fahren. Selbst sieben Prozent Auszubildende pendeln in andere Bundesländer.

Trotz monatlicher Jubelmeldungen vom Arbeits- und Ausbildungsmarkt ist die Zahl der Auspendler in den letzten Jahren lediglich um 3.519 zurückgegangen. Den größten Anteil der Auspendler stellt die Altersgruppe der 45- bis 55-Jährigen. Viele von ihnen pendeln bereits seit der Wende. Verwundern kann das nicht. Zu groß ist nach wie vor der Lohnabstand. Mit nur 24.915 Euro Jahresgehalt erreichen die Beschäftigten nur 79 Prozent des Bundesdurchschnittslohnes von 31.578 Euro. Wer eine gut dotierte Stelle und akzeptable Arbeitsbedingungen anderswo hat, pendelt folglich weiter.

Pendler bleiben aus guten Gründen in ihrem Heimatland wohnen. Dort steht das Eigenheim, gehen die Kinder zur Schule, wohnen die Eltern und Freunde. Die meisten würden gerne beruflich zurückkehren. Nicht mehr jeden Tag ins Auto oder die Bahn steigen zu müssen und zusätzlich zur Arbeitszeit noch lange Wegezeiten zu haben, wäre ja auch ein Zuwachs an Lebensqualität. Doch dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen: Jobsicherheit, Aufstiegsmöglichkeiten, tarifliche Bezahlung, Betriebsklima.

Solange jedoch Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern immer noch Arbeitnehmer_innen zweiter Klasse sind, bringen Pendlerbriefe und Rückholaktionen an Bahnhöfen wenig. Es muss sich etwas tun, bei Gehältern, Arbeitszeiten und Urlaubsansprüchen. Mehr Mitbestimmung und die Erhöhung der Tarifbindung könnten dazu beitragen, Entwicklungen zu vermeiden, wie sie in Sachen Arbeitszeit 2014 zu verzeichnen waren. Stieg die durchschnittliche Jahresarbeitszeit im Vergleich zum Vorjahr bundesweit um acht Stunden, waren es hierzulande 17 Stunden. So wird es nichts mit der notwendigen Sicherung des Fachkräftenachwuchses.

Zehn Jahre hat DIE LINKE für einen gesetzlichen Mindestlohn gekämpft. 8,50 Euro Mindestlohn sind ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Dabei darf es jedoch nicht bleiben. Mit Blick auf die Rente sind mehr als 10 Euro notwendig. Es braucht eine Renaissance der Tarifverträge. Gute Arbeitsbedingungen, betriebliche Gesundheitsförderung sowie gute, bezahlbare Kinderbetreuungsangebote müssen dazu kommen, um Menschen zur Aufgabe ihres Pendlerdaseins zu bewegen. Befristungen, unfreiwillige Teilzeit und Leiharbeit sind dagegen kein Angebot. Mecklenburg-Vorpommern ist dann eine Alternative, wenn drei Dinge zusammenkommen: **Gute Arbeit. Gute Löhne. Gutes Leben. Das muss drin sein!**

Mecklenburg-Vorpommern – Land der Pendler – Wie lange noch?

Auch im Jahr 25 nach der Wiedervereinigung pendeln zwölf Prozent der Beschäftigten aus Mecklenburg-Vorpommern zur Arbeit über die Landesgrenze hinweg – vor allem in Richtung Westen. 72.500 Pendler sind es aktuell, von denen knapp 24.000 regelmäßig nach Schleswig-Holstein und knapp 13.000 nach Hamburg fahren. Selbst sieben Prozent Auszubildende pendeln in andere Bundesländer.

Trotz monatlicher Jubelmeldungen vom Arbeits- und Ausbildungsmarkt ist die Zahl der Auspendler in den letzten Jahren lediglich um 3.519 zurückgegangen. Den größten Anteil der Auspendler stellt die Altersgruppe der 45- bis 55-Jährigen. Viele von ihnen pendeln bereits seit der Wende. Verwundern kann das nicht. Zu groß ist nach wie vor der Lohnabstand. Mit nur 24.915 Euro Jahresgehalt erreichen die Beschäftigten nur 79 Prozent des Bundesdurchschnittslohnes von 31.578 Euro. Wer eine gut dotierte Stelle und akzeptable Arbeitsbedingungen anderswo hat, pendelt folglich weiter.

Pendler bleiben aus guten Gründen in ihrem Heimatland wohnen. Dort steht das Eigenheim, gehen die Kinder zur Schule, wohnen die Eltern und Freunde. Die meisten würden gerne beruflich zurückkehren. Nicht mehr jeden Tag ins Auto oder die Bahn steigen zu müssen und zusätzlich zur Arbeitszeit noch lange Wegezeiten zu haben, wäre ja auch ein Zuwachs an Lebensqualität. Doch dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen: Jobsicherheit, Aufstiegsmöglichkeiten, tarifliche Bezahlung, Betriebsklima.

Solange jedoch Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern immer noch Arbeitnehmer_innen zweiter Klasse sind, bringen Pendlerbriefe und Rückholaktionen an Bahnhöfen wenig. Es muss sich etwas tun, bei Gehältern, Arbeitszeiten und Urlaubsansprüchen. Mehr Mitbestimmung und die Erhöhung der Tarifbindung könnten dazu beitragen, Entwicklungen zu vermeiden, wie sie in Sachen Arbeitszeit 2014 zu verzeichnen waren. Stieg die durchschnittliche Jahresarbeitszeit im Vergleich zum Vorjahr bundesweit um acht Stunden, waren es hierzulande 17 Stunden. So wird es nichts mit der notwendigen Sicherung des Fachkräftenachwuchses.

Zehn Jahre hat DIE LINKE für einen gesetzlichen Mindestlohn gekämpft. 8,50 Euro Mindestlohn sind ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Dabei darf es jedoch nicht bleiben. Mit Blick auf die Rente sind mehr als 10 Euro notwendig. Es braucht eine Renaissance der Tarifverträge. Gute Arbeitsbedingungen, betriebliche Gesundheitsförderung sowie gute, bezahlbare Kinderbetreuungsangebote müssen dazu kommen, um Menschen zur Aufgabe ihres Pendlerdaseins zu bewegen. Befristungen, unfreiwillige Teilzeit und Leiharbeit sind dagegen kein Angebot. Mecklenburg-Vorpommern ist dann eine Alternative, wenn drei Dinge zusammenkommen: **Gute Arbeit. Gute Löhne. Gutes Leben. Das muss drin sein!**